

Katholiken als Opfer der „neuen Gesellschaft“?

Das gespannte Verhältnis von Kirche und Staat in Spanien

Der Haussegen zwischen der sozialistischen Regierung und der katholischen Hierarchie hängt in Spanien schon seit einiger Zeit schief. Das Ansehen der Kirche ist in der sich rasch modernisierenden Gesellschaft Spaniens beträchtlich gesunken, die allgemeine Zustimmung zu katholischen Moralvorstellungen hat abgenommen. Die Bischöfe beklagten in einem Ende letzten Jahres veröffentlichten Schreiben einen allgemeinen „moralischen Niedergang“ in Spanien und reden einer konservativ verstandenen Rechristianisierung von Staat und Gesellschaft das Wort.

Der spanische Katholizismus sei „immer kämpferisch“ gewesen, sagte Kardinal *Marcelo González Martín*, Erzbischof von Toledo und als solcher Primas von Spanien, Ende Januar bei einer Europa-Tagung in Aachen. Acht Jahrhunderte der Auseinandersetzung mit dem Islam hätten Spanien wie auch seine Kirche entscheidend geprägt. Mit der jungen Demokratie sei das Jahrhunderte währende Bündnis von Staat und Kirche zu Ende gegangen, ein aufkommender „Revanchismus“ löse gegenwärtig massive gegenkirchliche Affekte aus, so der Kardinal, der zu den konservativen Kirchenkreisen Spaniens zu zählen ist.

Unstimmigkeit in lebensweltlichen Grundfragen

Kämpferisch zeigt sich in dem derzeitigen krisenhaften Verhältnis von Kirche und Staat allerdings weniger „der spanische Katholizismus“ als vielmehr ein Teil von ihm: die kirchliche Hierarchie – und diese wiederum vor allem in Gestalt ihres Vorsitzenden, des Madrider Kardinals *Angel Suquía*. Der eigentliche Anlaß für das derzeitige kirchenkämpferische Klima ist indes gerade der Verlust an traditioneller katholischer Substanz im spanischen Katholizismus und in der zu 90 Prozent katholisch getauften Bevölkerung. Die augenfälligen Auflösungserscheinungen des unter und infolge der Franco-Herrschaft bis weit in die Nachkonzilszeit prolongierten geschlossenen Nationalkatholizismus haben die Bischöfe in Alarmzustand versetzt. Nach 13 Jahren demokratischer und acht Jahren sozialistischer Regierung, nach einem ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung mit schweren sozialen Hypotheken wie hoher (insbesondere Jugend-) Arbeitslosigkeit ist auch die spanische Kirche eine andere geworden. Die verspätet und um so heftiger über die spanische Gesellschaft hereinbrechende *Säkularisierungswelle* traf auf ein unvorbereitetes Kirchenvolk, das in der frühen Demokratisierungsphase der 70er Jahre der politisch äußerst wachen und engagierten Kirchenführung unter Kardinal *Vicente Enrique y Tarancón* nicht sehr bereitwillig gefolgt war.

Daß der Madrider Kardinal seit dem Sommer letzten Jahres vergeblich auf einen Termin bei Premierminister *Felipe González* wartet, findet die spanische Öffentlichkeit offensichtlich amüsant und pikant; dies wie das Faktum selbst wirft ein Schlaglicht auf das ebenfalls radikal veränderte Verhältnis von Kirche und weltlicher Macht in Spanien.

Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat seien auf einem Tiefpunkt angelangt, erklärte der damalige Leiter des staatlichen Kirchenamtes, *Luis Zavala* (er wurde Mitte April durch den Staatskirchenrechtler *Dionisio Llamazares* von der Madrider Universität Complutense abgelöst), Anfang des Jahres – eine Diagnose, die von kirchlicher Seite sicherlich geteilt wird. Ausschlaggebend dafür waren weniger die seit Jahren strittigen und zäh verhandelten Sachfragen als eine wachsende *generelle Unstimmigkeit in lebensweltlichen Grundfragen*, die von der Kirche als ungleich belastender empfunden wird. Sie sieht sich zudem von Staat, Regierung und sozialistischer Partei auf unsanfte, schnöde Art auf einen gesellschaftlichen Platz unter anderen geschoben, der ihrem eigentlichen Stellenwert nach eigenem Selbstverständnis nicht entspricht.

Regierung, Partei und das „moderne“ öffentliche Spanien demonstrieren in unterschiedlichen Graden *Distanz zur Kirche*, die von Gleichgültigkeit, einer gewissen Arroganz und in geringerem Maß von direkter Ablehnung herrühren mag. Sie neigen dazu, in der Kirche eine überkommene gesellschaftliche Kraft zu sehen, die sozusagen den Anschluß verloren hat und mit ihrem Bemühen, den eigenen gesellschaftlichen Terrainverlust auf- und in Grenzen zu halten, wenig Verständnis findet. Mit ihrem in letzter Zeit wieder deutlich vernehmlich geäußerten Anspruch, als christliche Werte tradierende und durch ihre Botschaft Lebenssinn stiftende Kraft präsent zu sein, erscheint die Kirche vielen als ungebetener, wenn nicht überflüssiger Ratgeber – fast ein Fremdkörper in einer dynamischen, in möglichst alle Richtungen expandierenden Gesellschaft mit einem Lebensgefühl, das die Spanier selbst nach der amerikanischen Getränkemarkte „light“ nennen. Als wohlfeiles Argument gegen die Kirche genügt häufig der *Fingerzeig in die Vergangenheit*: Die Kirche sei schließlich die stärkste Stütze der Franco-Diktatur gewesen und habe als solche heute wenig Anlaß, unter demokratischen Verhältnissen sich als letzte Instanz für Staatsmoral zu gerieren.

Im engeren politischen Bereich gibt es folgerichtig unterschwellige, bisweilen auch offen vertretene Tendenzen, den gesellschaftlichen Lebensraum der Kirche zu reduzieren: in den Medien, im Erziehungswesen vor allem. In diesen Bereichen, wo es um die direkte Präsenz der Kirche geht, wie auch in sozialetischen

Fragen wie Abtreibung oder Aids verschaffen sich die Bischöfe wie auch die kirchlichen Verbände aber durchaus Gehör. Ihr politischer Einfluß ist jedoch selbst dort gering und ihr Wort wenig gefragt, wo etwa bei sozialen Problemen wie der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit Kirche und Sozialisten eigentlich am gleichen Strang ziehen müßten. In einer ersten Phase „geduldigen Abwartens“ (Kardinal González Martín) hatte die Kirche sich unter der sozialistischen Regierung darauf beschränkt, strittige Fragen sachbezogen in gemischten Kommissionen zu verhandeln. Zur vollen Zufriedenheit der Kirche wurde bis heute wohl keine der anstehenden Fragen entschieden.

Am Beispiel der geplanten Änderung der *Abtreibungsgesetze* und der öffentlichen Diskussion darüber wird deutlich, daß sich beträchtliche Teile der Bevölkerung von der kirchlichen Morallehre offenbar nicht mehr gebunden fühlen und dies auch artikulieren. Die Regierung tendiert zu einer Erweiterung der geltenden Drei-Indikationen-Regelung um die soziale Indikation, was die Bischöfe bereits als unannehmbar abgelehnt haben. Ende Februar sprach sich das spanische Parlament mit einer Mehrheit von 237 zu 17 Stimmen bei zwei Enthaltungen gegen die Fristenregelung für Schwangerschaftsabbrüche aus. Die Sozialisten votierten mit Abgeordneten der konservativen Volkspartei (PP) gemeinsam gegen einen Gesetzentwurf der Vereinigten Linken (IU), der die generelle Straffreiheit für Abtreibungen bis zur 18. Schwangerschaftswoche vorsah. Die Regierung hat angekündigt, sie werde einen neuen Gesetzentwurf einbringen, wenn die Ergebnisse einer Regierungsstudie zur Abtreibung, die noch nicht abgeschlossen sei, vorliege. Doch war die Regierung González klug genug zu versichern, eine Neufassung der Abtreibungsgesetzgebung werde nur in Abstimmung mit allen gesellschaftlich relevanten Kräften erfolgen; der im Zuge der Kabinettsumbildung im März abgelöste Justizminister *Enrique Mugica Herzog* versprach sogar eine „einvernehmliche“ Regelung.

Auf dem Weg zur Selbstfinanzierung

Ende September vergangenen Jahres verabschiedete der spanische Kongreß das Gesetz zur Bildungsreform (LOGSE) in einer Fassung, die sich nur unwesentlich vom Regierungsentwurf unterschied. Was die Regierung González mit dem Versprechen auf den Weg brachte, die Reform werde wegen ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz im Konsens mit den gesellschaftsrelevanten Kräften erfolgen, endete im Parlament mit dem Nein der konservativen Opposition. Die Bischöfe klagten, weder die Änderungsvorschläge der bischöflichen Schulkommission noch die des katholischen Bildungsrates seien berücksichtigt worden. Auch die Kirche beurteilt jedoch die Gesetzesreform in weiten Teilen positiv. Sie vermißt indes eine explizite Orientierung an christlichen oder zumindest ethischen Grundwerten, die den „moralischen Verfall“ der spanischen Gesellschaft für die kommenden

Generationen aufhalten könnte. Aus dem Gesetz spricht, so bemängelt die Kirche, ein nur halbherziges Bekenntnis des Staates zur Freiheit von Erziehung und Bildung und letztlich zum Subsidiaritätsprinzip. „Die laizistische Kultur tut dem Menschen Gewalt an und kann daher nur durch mehr oder weniger subtile Beschränkung der Freiheitsräume eingeführt werden“, formulierte Kardinal Surquía mit Blick auf die Schulreform in seiner programmatischen Ansprache zu Beginn der letzten Bischofsvollversammlung.

In der noch ungeklärten Frage des *Religionsunterrichtes* bahnt sich eine Einigung an: Das Erziehungsministerium hat der kirchlichen Forderung nach zwei Wochenstunden stattgegeben, verweigert sich aber dem Wunsch der Kirche, Religion auch in Zukunft als „versetzungsrelevantes Hauptfach“ zu erklären. Eine Niederlage erlitten Kirche und konservative Kreise mit einer Klage der Vereinigung „Pro vida“ gegen die – nach Kriterien des Geschmacks zweifelhafte – Regierungskampagne für die Verwendung von Kondomen zur Verhütung von Aids: Das höchste Verwaltungsgericht wies die Klage Anfang März ab.

1988 standen die spanische Steuerzahler erstmals vor der Entscheidung, ob sie 0,52 Prozent der jährlichen Einkommensteuerschuld der katholischen Kirche oder anderen „spezifischen Zwecken sozialer, kultureller oder erzieherischer Art“ zukommen lassen wollten. Damit tat die Kirche den ersten Schritt zur Selbstfinanzierung, die nach den Konkordatsverträgen von 1979 das bisherige staatliche Dotationssystem ablösen soll. Für einen Zeitraum von zunächst drei Jahren hatte sich der Staat bereit erklärt, eine etwaige Differenz zwischen dem freiwilligen Kirchensteueraufkommen und der bisher üblichen staatlichen Finanzierungssumme zu zahlen. Im ersten Jahr widmeten 37 Prozent der Steuerzahler den Betrag der katholischen Kirche, im zweiten und dritten Jahr rund 40 Prozent. Für „andere Zwecke“ optierten in ihren Steuererklärungen elf Prozent bzw. im zweiten Jahr 20 Prozent; 53 Prozent (1988) und 40 Prozent (1989) ließen die Position offen, so daß der Betrag diesen „anderen Zwecken“ zugeleitet wurde. Das Kirchensteueraufkommen 1988 deckte ein Drittel des Haushaltsbedarfs; die fehlenden zwei Drittel mußte der Staat zuschießen.

Die Kirchenführung kann mit diesem Ergebnis nicht zufrieden sein. Andererseits geht sie realistischerweise davon aus, daß die gegenwärtigen Prozentzahlen auch bei weiterer Aufklärung über das System nicht wesentlich steigen werden, da sie sich ziemlich genau mit der Zahl der sonntäglichen Kirchenbesucher decken. Daher drängt die Kirche zunächst auf eine Erhöhung des freiwilligen Beitrags auf ein Prozent der Einkommensteuerschuld. Zwar wurde die Übergangsregelung inzwischen stillschweigend verlängert. Die Staat-Kirche-Verhandlungen über eine Erhöhung des Kirchenbeitrags stagnieren jedoch auch deshalb, weil die Regierung eine umfassende Steuerreform in Angriff genommen hat, in deren Rahmen auch der Einzugsmodus der Kirchensteuer geändert wer-

den könnte. Gegenwärtig sieht es so aus, als werde es künftig einen bestimmten Freibetrag geben, den der Steuerzahler als Kultsteuer seiner Kirche oder Gemeinschaft zukommen lassen kann. Damit wären auch die Protestanten oder die jüdischen Gemeinden in das System integriert. In den Monaten vor den Regional- und Kommunalwahlen am 26. Mai vermieden Regierungsstellen die öffentliche Polemik. Eine substantielle Besserung des Verhältnisses von Kirche und Staat kann daraus nicht abgelesen werden.

Ein regierungskritisches Bischofsdokument

Wie die kirchliche Hierarchie die derzeitige Verfassung der spanischen Gesellschaft beurteilt, ist seit der Veröffentlichung der „Pastoralinstruktion über das christliche Gewissen angesichts der moralischen Situation unserer Gesellschaft“ im November vergangenen Jahres bekannt. In den Medien wurde das Dokument der Bischofskonferenz als regierungskritisch verstanden, und die öffentlichen Reaktionen befaßten sich denn auch ausschließlich mit diesem Aspekt. Premierminister González zeigte die übliche demonstrative Distanz und beließ es bei dem Kommentar, er lehne es ab, mit den Bischöfen in eine Polemik einzutreten. Regierungssprecherin *Rosa Conde* nannte die Erklärung „hart und ungerecht“; der sozialistische Fraktionsvorsitzende bezeichnete den Text als „antidemokratisch“; aus der Zentrumsparterie CDS hieß es, der Ton des Dokuments sei defätistisch und unangebracht. Erziehungsminister *Javier Solana* erklärte lakonisch: „Wir sind keine antiklerikale Regierung; das Gewicht, das diese Regierung der Kirche beimißt, stimmt mit der gesellschaftlichen Wertung überein.“

Die öffentliche Kritik entzündete sich zur Hauptsache an einzelnen pointiert regierungskritischen Formulierungen des Dokuments, doch zieht sich teils ausdrücklich, teils implizit so etwas wie eine generelle Schuldzuweisung für den als beklagenswert erachteten Zustand der spanischen Gesellschaft („moralischer Niedergang unseres Volkes“) durch den gesamten Text – die theologisch-lehramtlichen Passagen in der zweiten Hälfte ausgenommen. Aus einer Vielzahl von Formulierungen wird deutlich, daß die Bischöfe die spanische Gesellschaft und erst recht das Kirchenvolk vorwiegend als Opfer einer negativ prägenden Kraft sehen, die sozusagen von außerhalb oder „von oben“ wirkt. Ausdrücklich ist dies der Fall in Textstellen wie diesen: „In sich gültige ethische Kriterien werden im öffentlichen Bewußtsein ersetzt durch – sogar von den politischen Machthabern selbst – geschickt gelenkte soziologische Umfragen, durch die Dialektik von Mehrheiten und die Macht der Wählerstimmen...“ An anderer Stelle heißt es: „Dazu kommt als eine der Hauptursachen für die moralische Krise eine diffuse, häufig von staatlichen Stellen begünstigte und verbreitete Mentalität, die – möglicherweise ohne die erniedrigenden Konsequenzen zu bedenken – von der Kirche vertretene morali-

sche Werte und Normen völlig undifferenziert als Unterdrückung der Freiheit des Menschen hinstellt...“ Die Rede ist weiter von einem staatlich propagierten „kulturellen Dirigismus“ und dem „Versuch, eine bestimmte Lebensauffassung laizistischer und permissiver Prägung aufzuzwingen“: „In den letzten Jahren hat sich ein systematischer Abbau der ‚traditionellen Moral‘ vollzogen: eine Demontage, die nur zerstört hat...“ Dies alles, heißt es zusammenfassend, bringe eine „atmosphärische Morallösigkeit hervor, welche die elementaren moralischen Überzeugungen zerstört“.

An anderer Stelle ist vom „Klima“ die Rede, das die Gesellschaft korrumpiere. Dieser normativ prägenden Kraft, die häufig mit dem Adjektiv laizistisch versehen ist, steht, so scheinen es die Bischöfe zu sehen, ein wehrloses (Kirchen-)Volk gegenüber: „Der vorausgegangene kulturelle und soziale Wandel unserer Gesellschaft ist mit Macht über uns hereingebrochen und hat viele Katholiken den Unbilden der Witterung ausgesetzt.“ Oder: „Die Verbreitung eines gottlosen Lebensstils hat die fundamentalen Wertvorstellungen vieler verändert.“ Das Dokument räumt zwar ein, daß die Kirche es versäumt habe, das Kirchenvolk auf „die neuen Zeiten“ adäquat vorzubereiten; eine Auseinandersetzung oder Analyse mit dem *Traditionskatholizismus* vergangener Jahrzehnte erfolgt jedoch an keiner Stelle.

Fixierung auf die Individualmoral

Auffallend ist auch, daß die Bischöfe ihrer Befürchtung, im Zusammenleben von christlicher und laizistischer Kultur könne die christliche Substanz sich noch weiter auflösen, mit der Maximalforderung begegnen, „der Ganzheit der christlichen Botschaft“ gesellschaftliche Geltung zu verschaffen. Die berechnete, da von der Regierungspartei und von Staatsorganen theoretisch zugestandene, in der Praxis aber häufig unterlaufene Forderung der Bischöfe, die christlichen Wurzeln und das christliche Erbe Spaniens bei der Gestaltung der Gesellschaft stärker zu berücksichtigen, vermag nicht davon abzulenken, daß die angestrebte Re-Christianisierung der Gesellschaft recht eigentlich Sache der Katholiken und ihrer Kirchenführung ist. Der binnenkirchliche Aspekt wird indessen in dem Dokument kaum berührt, was auch daran liegt, daß der Text „Gesellschaft“ bis auf einige wenige Ausnahmen („wir“) als Gegenüber von Kirche positioniert. Dies ist die Schwäche des Dokuments. Die „moralische Wiederaufrüstung“ der Gesellschaft wird zwar gefordert, aber ein Konzept fehlt offenbar noch. So bleibt von dem Dokument der ungute Eindruck einer sicher aufrichtigen, aber im Ergebnis harschen und sehr negativen Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Verfassung Spaniens, in der es einen mehr oder weniger nebulösen Verantwortlichen für die Mißstände („Laizismus“) gibt, eine diese Mißstände denunzierende Kirchenführung und ein passives, gefährdetes Kirchenvolk, das zudem innerkirchlich in Predigten oder Katechese noch „von divergierenden Lehrmeinungen“ verunsichert werde.

Daß der gesellschaftskritische Akzent auf dem permissiven, hedonistischen Nenner liegt und Aspekte christlicher Gesellschaftslehre wie soziale Solidarität aber lediglich gestreift werden, zeugt von einer gewissen Fixierung auf die nicht nur in der spanischen Kirchenführung strapazierte Thematik der *Individualmoral*. Der Episkopat blicke zu sehr auf Rom, wird der Madrider Alterzbischof, Kardinal Vicente Enrique y Tarancón in der Zeitung „El País“ (13. 12. 90) zitiert. Er sei mit dem Dokument einverstanden, hätte es aber selbst vorgezogen, ein weniger „katastrophales“ Bild der Gesellschaft zu zeichnen. Was die Sexualmoral der spanischen Katholiken angehe, so könne die Kirche auf diesem Gebiet nichts erzwingen und schon gar nicht „im Namen Gottes“.

Kirchliche Basisgruppen beklagten den autoritären und mit polemischer Aggressivität aufgeladenen Ton des Dokumentes, wiesen aber nachdrücklich auf das Recht der Kirche hin, sich so zu äußern, wie sie es getan habe. Überrascht zeigten sie sich über die fehlende Selbstkritik seitens der Bischöfe. Der angesehene Theologe der Universität Salamanca, *Casiano Florestán*, las aus dem Dokument eine „verschleierte und nicht öffentlich zugegebene“ Sehnsucht nach einer Regierung, die der Konfessionalität des Staates näherstehe als die amtierende. Anfang des Jahres nahmen katholische Intellektuelle nach einem Treffen in Madrid zu dem Dokument kritisch Stellung und warnten vor der wachsenden Distanz von Laien und kirchlicher Hierarchie in Spanien. *Gabriele Burchardt*

Die eine Sache in den vielen Zugängen Halbzeit beim „Handbuch der Philosophie“

Seit zehn Jahren erscheinen die Bände des „Handbuchs der Philosophie“ (im Verlag Karl Alber). Es soll einen Gesamtüberblick über die in den letzten Jahrzehnten vielfältiger und damit auch unübersichtlicher gewordene philosophische Landschaft geben. Nachdem jetzt die Hälfte des Werks vorliegt, stellt Walter Strolz die bisher erschienenen Bände vor.

Mit dem für dieses Jahr angekündigten Band über *Philosophische Hermeneutik* liegt die Hälfte des auf 18 Bände angelegten Handbuchs der Philosophie, herausgegeben von *Elisabeth Ströker* (Universität Köln) und *Wolfgang Wieland* (Universität Heidelberg), bereits vor. Es ist das bisher größte Projekt des Verlages Karl Alber, in dessen Buchprogramm die Philosophie der Gegenwart seit Jahrzehnten so hervorragend vertreten ist. Ein Handbuch der Philosophie läßt sich in seiner inneren Notwendigkeit immer noch mit der aristotelischen Einsicht in das *vielfältig erscheinende Seiende* (Met. 1077 b; 1088 b) begründen. Der Mensch bewegt sich als erkennendes und fragendes Wesen innerhalb der Offenbarkeit des Seienden im Ganzen, das ihm durch die Sprache zugänglich ist. Wenn es sich so verhält, dann sind die philosophischen Fachdisziplinen dadurch miteinander verbunden, daß sie in das *zuvor* eröffnete Existenz- und Erfahrungsfeld von Natur – Sprache – Welt – Geschichte gehören. Ihre jeweilige thematische Bezogenheit, die gewählte Erkenntnismethode, die Möglichkeit der sachbedingten Problemexposition und die systematische Durchdringung des zu erforschenden Gegenstandes *verdanken* die verschiedenen philosophischen Fragestellungen dieser durch die *sprachliche Natur aller Erkenntnis* ermöglichten Seinszugänglichkeit. Diese aber gibt es nie an und für sich, sondern für das zeit-

lich begrenzte Menschsein immer nur als *weltlich-geschichtlich* bedingte Erkenntnis. Ein Handbuch der Philosophie könnte demzufolge als der Versuch betrachtet werden, die mannigfaltige Bedeutung des seiend-Seins in diesem Sinne zu klären.

Gespür für das Wunder der Sprache

Theodor Bodammer erläutert die *Philosophie der Geisteswissenschaften* (1987). Seine Darstellung besteht aus zwei Hauptteilen. Zunächst wird die geschichtliche Entstehung des Begriffs der Geisteswissenschaft untersucht. Zeitlich fällt sie in das 19. Jht. und ist durch die Namen G. W. F. Hegel, J. G. Droysen, W. Dilthey repräsentiert. Hinsichtlich der Ausbreitung und Problematisierung dieses Leitbegriffs für die Einteilung der Wissenschaften sind im 20. Jht. vor allem *Martin Heidegger* und *Hans-Georg Gadamer* zu nennen. In einer vergleichenden Zusammenfassung zeigt der Verfasser, daß das Ziel der Geisteswissenschaften menschliche Selbsterkenntnis in der Begegnung mit der geschichtlichen Überlieferung ist. Nach Gadamers Auffassung verwalten die Geisteswissenschaften ein humanistisches Erbe, „das sie gegenüber allen anderen Arten moderner Forschung auszeichnet und in die Nähe ganz andersartiger außerwissenschaftlicher Erfahrungen, insbesondere der der Kunst, bringt.“ Die Abgrenzung gegenüber den Naturwissenschaften erweist sich als ein schwieriges Unternehmen, weil der leitbegrifflichen Unterscheidung des Seienden in „Natur“ und „Geist“ ein unhaltbarer metaphysischer Dualismus zugrunde liegt, dem die *psychophysische Lebenseinheit* des Menschseins widerspricht.